



40 años

Spezialbericht

ÜBER DIE SITUATION DER MENSCHENRECHTE UND DES HUMANITÄREN VÖLKERRECHTS IN KOLUMBIEN 2012

CINEP/Programm für den Frieden

Mai 2013

Spezialbericht

Zentrum für Forschung und Bildung / Programm für den Frieden (CINEP/PPP)

GENERAL DIREKTOR

Dr. Luis Guillermo Guerrero Guevara

KOORDINATOR DES ALLGEMEINEN INFORMATIONSSYSTEMS

Alejandro Angulo Novoa, S.J.

KOORDINATOR DER DATENBANK FÜR MENSCHENRECHTE UND POLITISCHE GEWALT

Javier Giraldo Moreno, S.J.

PROJEKT ADVOCACY UND KOMMUNIKATION

Laura González Pérez

An diesem Spezialbericht haben folgende Abteilungen mitgearbeitet:

Datenbank für Menschenrechte und politische Gewalt

Advocacy und Kommunikaton

Zentrum für Forschung und Bildung / Programm für den Frieden (CINEP/PPP)

Carrera 5 No. 33 B – 02

Telefon (57–1) 245 61 81

Fax (57–1) 287 90 89

Bogotá D.C. – Colombia

[cinpe@cinpe.org.co](mailto:cinep@cinpe.org.co)

www.cinpe.org.co

Mai 2013

SPEZIALBERICH ÜBER DIE SITUATION DER MENSCHENRECHTE UND DES HUMANITÄREN VÖLKERRECHTS IN KOLUMBIEN 2012

ZUSAMMENFASSUNG

CINEP/PPP zeigt durch seine Datenbank für Menschenrechte und politische Gewalt¹ in diesem Bericht die Lage der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts im Jahre 2012 in Kolumbien auf.

Weiterhin gibt es in Kolumbien Fälle aussergerichtlicher Hinrichtungen. 2012 gab es 20 Fälle mit 52 Opfern, demgegenüber waren es 2011 17 Fälle mit 85 Opfern. Hält man sich die Anstrengungen der nationalen Regierung vor Augen, ist es klar, dass die Mittel, den Schutz der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts zu gewährleisten, noch nicht ausreichen und ergänzt werden müssen. Es müssen Fortschritte bei der Kontrolle erzielt werden, damit solche Verstöße durch Teile der staatlichen Kräfte verhindert werden und die volle Garantie der Nichtwiederholung solcher Verstöße gewährleistet wird. Alarmierend ist die Verfolgung der Opfer, Überlebender und Familienangehöriger der Opfer, in die auch staatliche Kräfte verwickelt zu sein scheinen. Auch hier sind wirksamere Mittel zum Schutz und Respekt der Menschenrechte von Nöten.

Das Panorama der gerichtlichen Ermittlungen ist, gemessen an dem Zeitraum, den sie andauern, ebenfalls besorgniserregend, der aktuelle Stand der Prozesse und die wenigen erreichten Resultate, es kontrastieren die Anzahl der berichteten Fälle und die Anzahl der gesprochenen Urteile. Dazu kommt die begrenzte Zusammenarbeit der Militärjustiz mit der zivilen Gerichtsbarkeit, der Ablauf von Fristen, das Verbleiben von wegen groben Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht verurteilten Angehörigen der Streitkräfte im Dienst sowie das Fehlen der Mittel, die Angehörigen der Opfer, Zeugen, Staatsanwälte und Richter zu schützen.

Dies stimmt mit den durch die Datenbank für Menschenrechte und politische Gewalt 2010 und 2011 berichteten Feststellungen überein, ohne signifikante Fortschritte in diesen Fällen festzustellen

Die Situation der Menschenrechtsverteidiger, sowie der Gemeinden, die Menschenrechtsverletzungen anzeigen und die Zivilbevölkerung und speziell die Opfer der sogenannten "falsos positivos" (falschen Positiven) schützen, ist kritisch, denn sie werden weiterhin systematisch bedroht.

Menschenrechtsverletzungen

Bei der Produktion der Zeitschriften Noche y Niebla Nr. 45 und 46 (Januar - Juni und Juli - Dezember 2012) haben wir beobachtet, dass die **paramilitärischen Gruppen**, die an **565** Fällen beteiligt waren, in diesem Zeitraum die meisten Menschenrechtsverletzungen begangen hatten, gefolgt von Einheiten der nationalen Polizei mit **268** Fällen und den Truppen der Streitkräfte, die für **187** Fälle von Menschenrechtsverletzungen verantwortlich waren.

Im Falle der Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, erscheinen an erster Stelle die Paramilitärs (493 Fälle), gefolgt von den **FARC-EP (347** Fälle), den **nationalen Streitkräften (118** Fälle), **Kombattanten (98** Fälle), der **Polizei (72** Fälle) und dem **ELN (48** Fälle). (s.: Noche y Niebla 45 y 46).

¹ Die Datenbank für Menschenrechte und politische Gewalt des CINEP/PPP bietet ein Panorama der Situation der Menschenrechte und der politischen Gewalt in Kolumbien. Mit den gegebenen Einschränkungen des Zugangs zu Information bieten wir eine Sicht auf den Konflikt ohne mit den Zahlen und Daten anderer Quellen in Konflikt zu geraten. Wir sind dem Recht der Opfer auf Wahrheit und der von den offiziellen Quellen des Landes und der internationalen Gemeinschaft selten erzählten Geschichte gegenüber verpflichtet.

Bezogen auf die von den Tätern angewandten Methoden bestätigen wir, dass es weiterhin Vorkommnisse von **“falsos positivos” (falschen Positiven)** gibt. Zwischen Januar und Dezember 2012 haben wir 20 Fälle von “falsos positivos” unter den Toten, Verletzten und willkürlich Festgenommenen festgestellt, 6 davon begangen zwischen Januar und Mai, 14 zwischen dem 9 Juli und dem 19. Dezember desselben Jahres mit **52 Opfern**. Gleichermassen wissen wir nun von 58 neuen Fällen von “falsos positivos”, die in früheren Perioden, zwischen dem 1. Juni 1992 und dem 20 Dezember 2011, begangen wurden, die aber erst 2012 berichtet wurden und dokumentiert werden konnten.

Für 2012 wurden uns **11 Fälle von aussergerichtlichen Hinrichtungen bekannt**, 10 davon begangen durch Truppen der Streitkräfte sowie 1 durch Einheiten der nationalen Polizei mit 12 Opfern. **8 Fälle von willkürlichen Verhaftungen**, 2 durch Truppe der nationalen Streitkräfte, 1 durch Einheiten der Polizei, 2 durch das CTI (Cuerpo Técnico de Investigación), 1 durch die Streitkräfte und CTI, 1 durch Dijin (Dirección de Investigación Criminal e Interpol) und die Generalstaatsanwaltschaft und 1 durch Truppen der venezolanischen Armee mit **39 Opfern**. Desgleichen **1 Fall von Verletzung** mit einem Opfer, unter Verantwortung der nationalen Streitkräfte.

Die gesellschaftlichen von den “falsos positivos” betroffenen Bereiche sind Kleinbauern, Arbeiter, Studenten, Oppositionelle, Händler, unabhängige Arbeiter, ein Exabgeordneter, eine behinderte Frau, ein Indigener, ein Journalist und weitere Personen, über die genauere Informationen fehlen. Die Taten wurde begangen in: Cauca (**6 Fälle**), Antioquia (**4 Fälle**), Valle del Cauca (**3 Fälle**) sowie in jeder der folgenden Regionen je 1 Fall: Meta, Bogotá D.C., Norte de Santander, Caquetá, Córdoba und Sucre sowie im Grenzgebiet zu Venezuela. Die im Zusammenhang mit der Verfolgung von sozialen Bewegungen am meisten betroffenen gesellschaftlichen Bereiche waren: Opfer, die Land zurückgefordert haben, indigene Organisationen, Landvertriebenenorganisationen, Kleinbauernorganisationen, Friedensgemeinden und humanitäre Zonen, Studentenorganisationen, Gemeindeorganisationen, gewerkschaftliche Organisationen, politische Opposition und soziale Protestbewegungen, AfrokolumbianerInnen, Anzeiger und Verteidiger von Menschenrechten. Zugleich kursierten Pamphlete mit Drohungen gegen Bedürftige, Drogenabhängige, Sexarbeiterinnen und Angehörige der Gemeinschaft der LGTBI (Homo-, Trans-, Bi- und Intersexuelle)

Weiterhin gibt es Opfer von Bedrohungen, Folter, Verschwindenlassen, Vertreibung, willkürlichen Verhaftungen, Tote und Verletzte durch Anti-Personen-Minen, sowie “Soziale Säuberungsaktionen”, auf nationalem Niveau. Besonders schwer wiegen die Aggressionen gegen Menschenrechtsverteidiger. Es heben sich ausserdem andere Methoden ab: der Gebrauch von **unerlaubten Minen/ Sprengfallen (64 Fälle)**, der Einsatz von **Personen und Gemeinden als Schutzschilde**, sowie die **Belagerung/Einschliessung von Gemeinden**; die letztgenannten drei Methoden wurden ausgeübt von Guerrilleros der FARC-EP und der ELN, paramilitärischen Gruppen, Truppen der kolumbianischen Streitkräfte und nichtidentifizierten Kämpfern; die Mehrzahl der Opfer waren Kinder, Jugendliche, Männer und Frauen der Zivilbevölkerung, insbesondere der Landbevölkerung.

Weitere Verletzungen der Menschenrechte:

Im Jahre 2012 wurden 64 Fälle von **unerlaubten Minen/ Sprengfallen** registriert, die 335 Opfer forderten, Tote und Verletzte. Desgleichen wurden 51 Fälle **sozialer Intoleranz** gegenüber den Menschenrechten in verschiedenen Teilen des Landes registriert, die **paramilitärische Gruppen und die kolumbianischen Streitkräfte** zu verantworten haben. Die Paramilitärs **bedrohten** aus Motiven sozialer Intoleranz **32 Kollektive; 29 Personen wurden ermordet und 5 Personen verletzt**, weitere 17 Personen erhielten Morddrohungen; die Streitkräfte waren aus Motiven sozialer Intoleranz für eine verletzte Person verantwortlich. Die Mehrheit der Opfer waren Obdachlose und/oder Drogenkonsumenten und –händler, sowie Jugendliche aus Armenvierteln. In einem von Paramilitärs begangenen Fall erhielt ein Führer der Gemeinschaft der LGTBI Morddrohungen.

Es wurden ausserdem 57 Fälle aus unterschiedlichen Regionen des Landes registriert, in denen die Gruppen gesellschaftlicher Intoleranz den Tod von 53 Personen verursachten (mehrheitlich Obdachlose und/oder Drogenkonsumenten und –händler, sowie Jugendliche aus den Armenverteln). Gleichermassen wurden 5 Personen verletzt, 6 Personen bedroht und 17 Kollektive Opfer von Morddrohungen.

Mit Bezug zum Bergbauthema wurden **12 Fälle** berichtet, wobei 13 Personen ermordet wurden, 10 durch paramilitärische Gruppen, 3 durch nicht identifizierte bewaffnete Gruppen. Gleichermassen wurde 3 Personen von der Polizei verhaftet, 2 Personen verletzt, 4 Personen wurden Opfer von Bedrohungen durch Paramilitärs und 2 Kollektive erhielten Morddrohungen. Diese Taten geschahen in: Puerto Gaitán-Meta (2 Fälle); Remedios, Segovia und Cauca Antioquia (5 Fälle); Marmato –Caldas (2 Fälle); La Sierra-Cauca (1 Fall); Montecristo-Bolívar (1 Fall) y Tumaco-Nariño (1 Fall).

Während des Jahres 2012 wurde uns 24 Taten bekannt, in denen die Opfer **Personen oder Gemeinden**/Gemeinschaften waren, **die Land zurückforderten**; während des ersten Halbjahres 2012 gab es 11 Fälle während des zweiten Halbjahres 2012 waren es 13 Fälle

Im zweiten Halbjahr 2012 wurden 24 Personen bedroht ebenso wie 7 Kollektive, 7 der Fälle wurden von nicht identifizierten bewaffneten Gruppen begangen, 6 Fälle von paramilitärischen Gruppen.

Die Situation der Menschenrechtsverteidiger und der Opfer

Die Menschenrechte zu verteidigen, öffentlich Anklage zu erheben und ein in der Öffentlichkeit bekanntes Opfer zu sein, bedeutet in Kolumbien, das Leben zu riskieren. Die Verteidigung der Menschenrechte bedeutet eine Gefahr für das Leben, da man sich dadurch zum militärischen Ziel der sich gegenüberstehenden Kampftruppen macht..

Besonders beunruhigend ist die Verfolgung, unter der die überlebenden direkten Opfer der “falsos positivos” (falschen Positiven) und deren Angehörige leiden. Sie sind einer systematischen Verfolgung ausgesetzt, die angeblich teilweise von Mitgliedern der staatlichen Sicherheitskräfte ausgeht.

Verringerung der Gewalt oder Angst der Bürger, die den Zugang zur Information begrenzt?

Bei der Vorbereitung der letzten fünf Ausgaben von Noche y Niebla – zwischen 2010 und 2012- haben wir einerseits einen Rückgang der Fälle, die während des Untersuchungszeitraums geschehen sind, festgestellt sowie andererseits einen beachtlichen Anstieg von Fällen, die sich auf vergangene Jahre bezogen. Daher fragen wir uns, ob es sich um einen Rückgang der Gewalt handelt oder um ein Problem des Zugangs zu Information, der Gestalt, dass die Opfer und Ihre Angehörigen die Taten aus Angst vor Repressionen nicht sofort anzeigen, sondern erst Jahre später, wenn es für sie ein geringeres Risiko darstellt.

SPEZIALBERICHT ÜBER DIE SITUATION DER MENSCHENRECHTE UND DES HUMANITÄREN VÖLKERRECHTS IN KOLUMBIEN 2012

EMPFEHLUNGEN

An die kolumbianische Regierung

- Eine bessere Abstimmung mit den regionalen und lokalen Regierungen, die Kräfte darauf gerichtet, die regionalen Kapazitäten weiterzuentwickeln, um mit geeigneteren Mitteln, den Situationen von Bedrohungen, frühen Warnungen und Anzeigen durch Gruppen und Bürger, dass die Menschenrechte in den Regionen gefährdet sind, begegnen zu können.
- Alle notwendigen Massnahmen ergreifen, damit die Legitimität der Opfer und Ihrer Angehörigen auf der Suche nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung anerkannt wird.
- Garantieren, dass den Anzeigen aussergerichtlicher Hinrichtungen, sowie weiterer Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts gerichtlich nachgegangen wird.
- Den Schutz der Opfer, Zeugen, Anwälte der Opfer, Menschenrechtsverteidiger im Allgemeinen, Staatsanwälte, Richter, sowie ihrer Angehörige garantieren, die mit Fällen aussergerichtlicher Hinrichtungen zu tun haben, um auf der Suche nach der Wahrheit weiterzukommen.
- Hinsichtlich der irrelevanten Ergebnisse in den durch die Militärgerichtsbarkeit bearbeiteten Fällen aussergerichtlicher Hinrichtungen, bestehen wir darauf, dass die kolumbianische Regierung einen Wechsel der Gerichtsbarkeit der Prozesse in Betracht zieht, und diese Prozesse von Militärgerichten an zivile Gerichte übergibt, dies schliesst die Revision aller durch die Militärjustiz getätigten gerichtlichen Prüfungen mit ein.
- Die vielfältigen Vorschläge kolumbianischer und internationaler Organisationen aufnehmen und die geeigneten Mittel zur Verbesserung der Lage Menschenrechts und des internationalen humanitären Völkerrechts in Kolumbien zu ergreifen.

An die internationale Gemeinschaft:

- Die Praktiken und Politiken, die die Geltung der Menschenrechte und des internationalen humanitären Völkerrechts begünstigen, weiterhin unterstützen.
- Aktiver an den Initiativen zum Schutz und zur Verteidigung der Menschenrechte teilnehmen, als Szenarien zum Schutz der Demokratie in Kolumbien.
- Fortführung der Beobachtung und des Dialogs mit der kolumbianischen Regierung über Anwendung ihrer Menschenrechtspolitik und Politik des humanitären Völkerrechts, um eine bessere Umsetzung derselben zu fördern.
- Die Kolumbianische Regierung in Ihren Bemühungen, ein Opfergesetz zu implementieren, unterstützen und mit einem internationalen Dialog über die Lage der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, mitzuhelfen, gemeinsame Beiträge und Auswege zu suchen, die eine Nichtwiederholung der Taten sowie den Schutz der Opfer, der Ankläger und ihrer Angehörigen garantieren.

An die kolumbianischen Nichtregierungsorganisationen:

- Fortführung und Verstärkung des Prozesses der Dokumentation der Fälle von Menschenrechtsverletzungen, wie sie in unterschiedlicher Form in Kolumbien geschehen.
- Fortsetzung und Verstärkung der Begleitung der schwächsten gesellschaftlichen Sektoren, vorrangig Aktionen mit Bezug zur juristischen Beratung der Opfer und ihrer Angehörigen, damit die diversen Taten, die gegen ihr Leben und ihre Integrität verübt wurden, nicht ungestraft bleiben.

An die regionalen und lokalen Regierungen

- Verbesserung der Abstimmung mit der nationalen Regierung.
- Grössere – politische und juristische – Kapazitäten entwickeln, damit die nationalen und internationalen normativen Rahmen dem Gesetz gemäss angewendet werden und der Schutz und die Verteidigung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts gefördert werden.
- Verifikationmechanismen einrichten, die, bei frühen Warnungen und Anzeigen in Bezug auf Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, schnelles und effektives Handeln ermöglichen, um das Leben der Bürger zu schützen.

An die Zivilgesellschaft

- Anzeigen erstatten. Nicht tolerant gegenüber Handlungen von Personen, Gruppen und/oder Institutionen sein, die gegen die Menschenrechte verstossen.
- Die Menschenrechte als ein höheres Gut der Menschheit schützen. Jede Situation, die Leben, Integrität und Würde von sich und anderen, mit denen man täglich zusammenlebt, gefährdet, ablehnen. Vorurteile gesellschaftlicher, rassistischer, sexueller, religiöser und politischer Art überwinden.
- Kritisch gegenüber den Handlungen der Institutionen sein, speziell gegenüber politischen, militärischen und polizeilichen Handlungen, die eine Gefährdung der Menschenrechte bedeuten. Ausübung der eigenen Rechte, um solches Handeln abzuwehren, und zwar durch die Stimme, formale Anklagen, gewaltlose soziale Bewegungen, die Förderung und Unterstützung von Initiativen, die die Menschenrechte schützen und verteidigen.

www.cinep.org.co